

(8. JAN. 1962)



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 836 890

P/XVII/5 - 6. Januar 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Warum in Berlin ?

45

Eine Verpflichtung des Grundgesetzes  
Von Dr. Friedrich Schäfer, MdB  
Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

2

Ein beispielhafter Kommunalpolitiker

22

Zum 75. Geburtstag Thomas Wimmers

3 - 4

"Das ist doch Schizophrenie!"

77

Sprache und industrielle Revolution

5

USA liefern Mais an Jugoslawien

48

Ein Beispiel politischen Anstands  
Von unserem Korrespondenten in Belgrad,  
Harry Schleicher

6 - 7

Macht und Macht der Rechtsradikalen

75

Eine Geschichte des Neonazismus

\* \* \*  
\* \*

6. Januar 1962

### Worum in Berlin?

Von Dr. Friedrich Schäfer, Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Der dritte Deutsche Bundestag wurde vom Bundestagspräsidenten zu seiner konstituierenden Sitzung im Oktober 1957 nach Berlin einberufen. Das war richtig. Wir bedauern, daß der vierte Deutsche Bundestag nicht in gleicher Weise seine Arbeit in der alten Reichshauptstadt begonnen hat. Im Verhältnis zwischen Berlin und der Bundesrepublik hat sich in diesen vier Jahren nichts geändert, was Anlaß sein könnte, dem Beispiel des dritten Deutschen Bundestages nicht zu folgen.

Wir Sozialdemokraten beginnen die praktische Arbeit im vierten Deutschen Bundestag in Berlin und haben deshalb die erste Fraktions-sitzung im Jahre 1962 nach Berlin einberufen. Wir sind der Auffassung, daß wir damit einem Gebot des Grundgesetzes folgen, aber auch, daß der Deutsche Bundestag als Vertreter des gesamten deutschen Volkes keines seiner Rechte aufgeben oder auch nur in Zweifel ziehen lassen darf. Zu diesen Rechten gehört die freie Bestimmung des Ortes, an dem der Bundestag zusammentritt. Wir begrüßen es, daß eine große Zahl von Bundestagsausschüssen regelmäßig auch in den letzten Jahren in Berlin getagt haben und daß eine große Zahl von Ausschüssen ihre praktische Arbeit in der nächsten Woche in Berlin aufnimmt. Wir verbinden damit die Hoffnung, daß in Kürze eine Sitzung des gesamten Deutschen Bundestages in Berlin stattfinden möge.

Das Verhältnis der Bundesrepublik zu Berlin muß von uns immer so betrachtet werden, wie wenn Berlin auch staatsrechtlich in vollem Umfange ein Teil der Bundesrepublik wäre, denn politisch ist Berlin ein Teil der Bundesrepublik. Das Schicksal der Deutschen ist vom Schicksal der Freiheit der Stadt Berlin untrennbar. Das ist seit dem 13. August 1961 allen Deutschen klargeworden. Die Schandmauer in Berlin als das sichtbare Zeichen der Zwangsherrschaft über 16 Millionen Deutsche muß überwunden werden. Wir alle wissen, welche großen politischen Probleme damit in Verbindung stehen und wie schwer es sein wird, eine befriedigende Lösung zu finden. Wir wissen aber auch alle, daß der Durchhaltewille der Westberliner Bevölkerung die Politiker zwingt, Lösungen zu suchen, die die Gewähr für die Freiheit Westberlins geben. Die Westberliner müssen

6. Januar 1962

sehen, daß die höchsten Organe der Bundesrepublik nicht nur mit Worten sich mit ihrem Schicksal identifizieren, sondern dies auch sichtbar machen.

Allein schon die Forderung, daß bundesdeutsche Behörden aus Berlin wegverlagert werden sollen, zeigt, daß es unseren Gegnern nur darauf ankommt, Berlin von der Bundesrepublik zu trennen, um es dauernd zu einer vogelfreien Stadt zu machen.

Im Zeitpunkt der politischen Fühlungsnahme zwischen West und Ost muß für alle sichtbar bleiben, daß der Deutsche Bundestag zu den Verpflichtungen des Grundgesetzes steht. Es muß sichtbar bleiben, daß Berlin zur Bundesrepublik gehört. Stellvertretend für den Bundestag und stellvertretend damit für das ganze deutsche Volk wird die SPD-Fraktion ihre Arbeit in Berlin beginnen.

\* \* \*

#### Ein beispielhafter Kommunalpolitiker

##### Zum 75. Geburtstag Thomas Wimmers

I.E. - Münchens Altoberbürgermeister Thomas Wimmer vollendet am 7.1.1962 in voller körperlicher und geistiger Frische sein 75. Lebensjahr. In den oberbayerischen Landstädtchen Erding geboren, erlernte er das Schreinerhandwerk. Nach einigen Wanderjahren wurde der Handwerksgehilfe ein geachtetes und geschätztes Mitglied der Gewerkschaft und der Sozialdemokratie in München. Rasch wuchs er in hohe Vertrauensstellungen. Als Mitglied des Stadtrates der bayerischen Landeshauptstadt, als Mitglied des Landtages und nach den bitteren Jahren der Verfolgung und KZ-Haft, als Oberbürgermeister seiner geliebten Stadt München, der seine ganze Lebenskraft gehörte, war Thomas Wimmer in ganzer Länge Bayern ein großes Beispiel beim Wiederaufbau des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Bekannt und beliebt geworden als Deutschlands populärster Oberbürgermeister, vergaß Thomas Wimmer niemals seine Herkunft und bekannte sich überall stolz zur Sozialdemokratie. Wiederholt von den Münchner Wählern in direkter Wahl zum Oberbürgermeister der bayerischen Landeshauptstadt gewählt, setzte sich Wimmer 1960 zur Ruhe. Sein Nachfolger wurde der jüngste Oberbürgermeister einer Millionenstadt, Dr. Hans-Jochen Vogel, der freudig gern die Verpflichtung übernommen hat, dieses Amt im Geiste seines erfolgreichen Vorgängers zu führen. Sichtlich kam damit die ungetroffene Kraft der Sozialdemokratie zum Ausdruck, die in der Kommunalpolitik der Bundesrepublik die Führung hat, die sie nicht zuletzt Männern wie Thomas Wimmer verdankt.

\* \* \*

"Das ist doch Schizophrenie!"

K.M. - Schlichte und unkomplizierte Naturen (so wurde von sachverständiger Seite festgestellt) kommen im täglichen Leben mit einem Vorrat von 300 bis 400 Wörtern aus. Der Stadtbewohner braucht ungefähr das Doppelte. Der Bundeskanzler (kleine Bosheit aus dem letzten Romer Presse-Almanach) begnügt sich mit 400.

Unter allen Umständen braucht der Mensch von heute das Vielfache von dem, womit die Großväter auskamen. Wer nicht Schritt hält, kann nicht mehr mitreden. Der Intellektuelle verwendet denn auch im täglichen Gespräch - auch das ist wissenschaftlich ermittelt worden - mehr als 10 000 Wörter.

Als Dr. Zamenhof, der geniale Konstrukteur des Esperanto, sein erstes Wörterbuch herausgab (1887), waren da etwas über 2 000 Wörter zusammengestellt. Das war ein Bestand, so meinte Zamenhof und er hatte damit durchaus recht, der nicht nur den Bedarf im Metzgerladen und im Friseursalon decken, sondern auch Gespräche über abstrakte und geistige Themen ermöglichen sollte. Denn es ist tatsächlich so, daß die Beschäftigung mit geistigen Dingen keineswegs an der Gebrauch gescheiter und supergescheiter Vokabeln gebunden ist. Wie schon der kluge alte Lichtenberg sagte: Es ist immer wieder erstaunlich, zu sehen, wie einige Leute die Kunst beherrschen, ganz einfache Dinge so kompliziert zu sagen, daß sich am Ende keiner mehr herausfindet.

Inzwischen hat sich die Welt geändert. Daß es eine industrielle und naturwissenschaftliche Revolution gegeben hat, diese Tatsache hat sich naturgemäß auch auf die Sprache ausgewirkt. Das Esperanto-Wörterbuch von heute umfaßt nicht mehr 2 000, sondern 80 000 Wörter. Und das ist noch nicht alles. Wir zitieren aus einer Schrift, die der Esperanto-Weltbund kürzlich herausgab: "Bis jetzt erschienen in Esperanto insgesamt 112 verschiedene Fachwörterbücher für 45 verschiedene Zweige der Wissenschaft, Philosophie, Technik, des Handwerks und anderer Gebiete. Von diesen haben 5 mehr als 300 Seiten..."

Und nun zur deutschen Sprache

Verhältnismäßig harmlos und gering an Zahl sind noch jene Ausdrücke, die wir aus der Englischen und Amerikanischen übernommen haben, wie: Television, Teamwork, Marketing, Hobby, Teenager, Twer, Party, Cocktail, Jazzfan, Bestseller, - eine Reihe, die sich ständig, aber sehr allmählich verlängert. Neueste Errungenschaft auf diesem Gebiet: Babyrococo, besonders feines Leder aus der Haut junger Krokodile.

Die Veränderungen, die die Naturwissenschaft auslöste, sind da von ganz anderer Dimension. Sie rührten alles durcheinander, sogar rein deutsche Wörter, wie etwa diese: Teilchenbeschleuniger, Gleichrichter, Strahlungsgürtel, Umlaufbahnen, Halbdeutsch; Zuwachsrates, Halbleiteraggregat, Mikrowelle, Fusionsprozeß, innernuklear. Und: Radioteleskop, Radioastronomie, Radar, Motel; interdisziplinär, Molekularbiologie, Nukleinsäure, Makromoleküle, Polymere, Transistor, Kybernetik, Ganz neue Begriffe und ganz neue Wortschöpfungen: Chromatographie, Tunnelioden, thermoelektrischer Konverter, Oäsiundampfplasma, Kryotronik, Nanosekunde, Elektronen-Tachistoskop.

Da kommt nicht mehr jeder mit, obwohl gerade bei diesen neuesten Wortbildungen die globale Tendenz sichtbar wird, lateinisch-griechische Bildungen zu wählen. Das kommt der internationalen Verständigung der Fachleute entgegen, ändert aber naturgemäß nichts daran, daß das Verständnis von vornherein auf eine Minderheit beschränkt bleibt. Ein Naturwissenschaftler, der kürzlich vor einen größeren Kreis sprechen sollte und dann plötzlich feststellte, daß der Saal nur mit seinesgleichen besetzt war, rief (sozusagen in Verzweiflung) aus: "Das ist doch Schizophrenie, was wir da treiben!"

#### Was ist Mikrominiaturisierung?

Fun, die Welt von heute hat ihre eigene Sprache, oder besser, ihre eigenen Sprachen, und wir müssen begreifen, daß alles wohl so sein muß, wie es ist. Aber wir sollten uns doch einmal klar machen, daß auch von dieser Seite her eine beständige und strapaziöse Reizüberflutung auf uns eindringt (auch wieder so ein neues Wort, wenn auch völlig deutsch). Wir können uns nicht gegen alles zur Wehr setzen. Wir müssen das eine oder andere mitmachen, sonst kommen wir unter die Räder.

Die Elektrotechnik hatte - bereits 1935 - rund 25 000 Spezialausdrücke, die Chemie sogar an die 100 000. Die Abkürzungen, mit denen wir bekannt gemacht werden (EWG, SED, Euratom, Nato usw.) sollen - wiederum nach der Ansicht der Sachverständigen - dem runden Hunderttausend entgegensteigen. Die eingetragenen Markennamen, von denen ein Teil im täglichen Leben eine nicht geringe Rolle spielt, betragen 300 000.

Das ist nicht wenig und wird immer mehr. In dem Inserat eines Großbetriebes, der elektronische Geräte herstellt, hieß es dieser Tage: "Mikrominiaturisierung". Viele mögen ahnen, was hier gemeint ist. Aber bitte, - versuchen Sie mal, es deutsch auszudrücken!

\* \* \*

USA liefern Weizen an Jugoslawien

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Nach einigen von Verstärkung zeugenden offiziellen Erklärungen und einer nicht geringen Anzahl amerikanischer Pressestimmen sowie jugoslawischer Entgegnungen, aus denen zu schließen war, Washington überprüfe seine Politik gegenüber Belgrad, was in erster Linie wirtschaftliche Folgen für Jugoslawien hätte haben können, endete nun der erste Akt dieses etwas überdramatisierten Dialogs mit einem relativen Happyend. Wie einst in besseren Zeiten brachten die beiden Staaten erneut eine Vereinbarung unter Dach und Fach, derzufolge Jugoslawien in eigener Landeswährung 500 000 Tonnen Weizen und 30 000 Tonnen Speiseöl aus amerikanischen Agrarüberschüssen wird kaufen können. Da andererseits die USA über den Dinargegenwert von 45 Millionen Dollar nicht frei verfügen können, und die Belgrader US-Botschaft nur begrenzte Ausgabemöglichkeiten besitzt, hat sich Washington noch zusätzlich bereit erklärt, 90 Prozent der ihm zustehenden Summe Belgrad als langfristigen Investitionskredit zu überlassen.

Dieser dritten Übereinkommen im Jahre 1961 - bereits im April und dann zusätzlich im Juli waren Lieferungen überschüssiger amerikanischer Agrarerzeugnisse im Werte von insgesamt 63,6 Millionen Dollar, darunter gleichfalls 500 000 Tonnen Weizen, vereinbart worden -, kommt aus zweierlei Gründen eine ganz besondere Bedeutung zu. Es erlöst Jugoslawien aus einer schwierigen Versorgungslage, in die das Land nach der großen diesjährigen Dürre und dem dadurch verursachten Ernteausfall geraten ist. Andererseits hat es die USA vor dem Vorwurf bewahrt, der zweifellos erhoben worden wäre, sie nutzten eine solche Situation zur Erreichung eigener politischer Zielsetzungen aus. Solche Angriffe waren bereits zu hören gewesen. Staatschef Tito selbst hatte in seiner letzten Rede in Skopje umzuwenden erklärt, Washington übe einen wirtschaftlichen Druck auf Belgrad wegen seiner Haltung auf der Konferenz der blockfreien Staaten aus. Wenn er in einem Atemzuge damit trotzdem forderte, man habe Jugoslawien das, was es benötige, auf Kreditbasis zu geben, so erfreute dies zwar keineswegs die amerikanische Kreise Belgrade, hatte aber, wie man jetzt sieht, keine weitreichenden Folgen für die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Niemand hätte den USA etwas vorwerfen können, hätten sie die Lieferung ihrer landwirtschaftlichen Überschüsse an Jugoslawien eingestellt, weil sie hierzu vertraglich nicht verpflichtet gewesen waren. Washingtons Entscheidung, Belgrad in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation nicht im Stich zu lassen, kann jedoch nur begrüßt werden. Ist sie doch einmal mehr ein deutliches Beispiel politischen Anstands, das sich wohlwollend von der einseitigen Kündigung bereits vertraglich zugesagter sowjetisch-ostdeutscher Kredite abhebt, wie es vor Jahren nach der Verabschiedung des von Moskau als "revisionistisch" gebrandmarkten Parteiprogramms des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens der Fall gewesen ist. Und auch auf die jugoslawische Öffentlichkeit, die in letzter Zeit viel vom amerikanischen Druck auf die blocklose Politik sowohl Belgrade als auch anderer Länder zu hören bekommen hat, dürften die amerikanischen Weizenlieferungen auch ohne Erinnerungen an das sowjetische Vorgehen ihren Eindruck nicht verfehlen.

Macht und Ohnmacht der Rechtsradikalen

## Eine Geschichte des Neonazismus

W.F. Würde man sich mit einem Blick auf Mitglieder- und Wählerzahlen rechtsextremer Gruppierungen begnügen, ließe man ihre Entwicklung, Tätigkeit und Zielsetzung außer Betracht, so wäre die Herausgabe eines umfangreichen Werkes über "Macht und Ohnmacht der Rechtsradikalen", die ein Berliner Verlag\*) kürzlich unternahm, gewiß überflüssig. Im Bundestag sind rechtsextreme Parteien nicht vertreten, auch die Landtage sind - bis auf einen Abgeordneten in Rheinland-Pfalz - frei von Rechtsradikalen, lediglich auf Kreis- und Gemeindeebene werden demokratische Parlamente von den Treiben radikalistischer Vertreter noch mehr oder weniger gehemmt. Ihr politischer Einfluß ist indessen gering, ihre Aktivität eingesenkt und ihre Resonanz auf die Öffentlichkeit bescheiden. Eine unmittelbare Gefahr geht von den Parteien, Vereinigungen, Gruppen, Bündern und Zirkeln, die sich unter den Zeichen der "nationalen Opposition" an der Peripherie des politischen Lebens der Bundesrepublik versammelt haben, nicht aus.

Dennoch ist es eine verdienstvolle Arbeit, die Manfred Jenke mit seinem dokumentarischen Bericht vorgelegt hat. Denn erstmalig existiert seitdem eine umfassende Darstellung jener Vorgänge, die - angefangen von der von den Besatzungsmächten dekretierten, aber nicht einheitlich gehandhabten, "Entnazifizierung", bis zu den Versuchen ehemaliger Nationalisten, Einfluß auf das politische Leben der Bundesrepublik zu gewinnen - die Eingliederung der ehemaligen Funktionärschicht des Hitlerreiches in den neuen demokratischen Staat begleiteten. Sicher, es fällt nicht leicht, aus der retrospektiven Betrachtung von Vorgängen, die zum Teil zehn Jahre zurückliegen, Schlüsse auf die künftige Entwicklung zu ziehen, Gelegentlich mag es den mitgeteilten Informationen auch an Hintergrund fehlen. Dafür genießt die beispielhaft sachliche und informative Art der Darstellung den Vorteil der Übersichtlichkeit des zeitlichen Ablaufs und der personellen Verflechtungen.

Jenkes Bericht macht Ereignisse wieder lebendig, die den beschwerlichen Weg des demokratischen Rechtsstaates in der Richtung auf die Bewältigung der jüngsten Vergangenheit und der Homogenisierung unseres Volkes kennzeichnen. Schließlich gehörte dem ersten Bundestag von 1949-1953 nicht nur die Kommunistische Partei, sondern auch eine "Nationale

Manfred Jenke: "Verschwörung von rechts?", Colloquium Verlag, Berlin, 1961, 496 S., DM 29.80

Rechte" an. Rechtsextreme Parteien wie die "Deutsche Reichspartei" sanken inzwischen zur Bedeutungslosigkeit herab, die "Sozialistische Reichspartei" wurde als verfassungswidrig verboten, Nationalisten, die einst - etwa in den Reihen der Deutschen Partei, des Gesamtdeutschen Blocks oder der FDP - die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich zogen - man erinnere sich nur der berichtigten Sonntagsreden des heutigen Bundesverkehrsministers Dr. Seeborn, der sich auch vor dem Symbol des Hakenkreuzes in Ehrfurcht verneigen wollte, oder des Falles des ehemaligen Staatssekretärs im Reichspropagandaministerium, Dr. Kaumann, der mit anderen "Ehemaligen" die FDP zu unterwandern versuchte - haben entweder in demokratischen Parteien Unterschlupf gefunden oder verschwanden gar in der Versenkung. Die Abgrenzung zwischen jenen, die sich zum Grundgesetz der Bundesrepublik, d.h. zur parlamentarischen Demokratie bekennen und den anderen, die sich "nationale Opposition" nennen, ist akzentuierter und sichtbarer geworden.

Viel Aufmerksamkeit widmet der Verfasser der Haltung der demokratischen Parteien gegenüber den "Ehemaligen". Neben den Versuchungen und Einflüssen dieser Art innerhalb der FDP, der DP und dem GB/BHE geht aus seinem Bericht - sicher ungewollt - hervor, daß auch die Christlich-Demokratische Union in einer Reihe von Fällen mit Rechtsextremisten Bündnisse eingegangen oder zumindest das Ziel ihrer Infiltrationsbemühungen war. Im einzelnen mag man das dort nachlesen. Richtig dürfte die Feststellung des Verfassers sein, daß die heutigen Rechtsradikalen bei aller organisatorischen und personellen Uneinigkeit in der Gegnerschaft zu dem 1945 gesetzten staatlichen Anfang einig sind. Heute steht jedoch nicht mehr - wie noch vor zehn Jahren - der Nationalsozialismus, seine Rehabilitierung, Wiederaufnahme und Weiterführung in Frage; ebensowenig geht es um die Mitschuld und Mithaftung der "Ehemaligen". Ins Zentrum der rechtsradikalen Propaganda, schreibt der Verfasser, rücke immer mehr die "nationale Frage", das heißt, der Versuch, im Rahmen des nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Zulässigen einen möglichst umfassenden Bereich des politischen und gesellschaftlichen Lebens für "national erneuerungsbedürftig" zu reklamieren. Daran sieht Jenke die eigentliche Gefahr für die deutsche Demokratie, auch vor allem in dem stillschweigenden Einverständnis unter denjenigen, die sich distanzieren von den 1945 gelegten Grundlagen. Darin hat er zweifellos recht. Dies Einverständnis reicht über die organisatorischen Grenzen hinweg; es schließt Kreise ein, die innerhalb demokratischer Parteien einflußreiche legitime Positionen einnehmen. Die tatsächlich vorhandene Infektion mit dem autoritären Bazillus können die Demokraten nur auskurieren, wenn sie ihren Überzeugungen treu bleiben. + + +